

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

«SED-Firma in Vaduz

Berlin (spk) Nach einem Bericht der deutschen «Bild-Zeitung» vom Mittwoch haben der früheren DDR-Staatspartei SED zahlreiche Auslandsfirmen gehört. Unter Berufung auf einen «Geheimbericht» der staatlichen Finanzrevision der DDR führt das Blatt unter anderem Unternehmen mit Sitz in Vaduz, Lugano (Rexin), Curacao und Haarlem auf.

Grenzvertrag unterzeichnet

Warschau (AP) Deutschland und Polen haben am Mittwoch in Warschau den Vertrag zur völkerrechtlichen Anerkennung der Grenze zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher und sein polnischer Kollege Krzysztof Skubiszewski setzten um 12.15 Uhr im Gebäude des Ministerrats ihre Unterschrift unter das Vertragswerk, das die endgültige Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze beinhaltet.

Gegen Steuerbefreiung

Bern (AP) Der Schweizer Bundesrat ist gegen eine generelle Steuerbefreiung für AHV-Rentnerinnen und Rentner. Wirtschaftlich schwächere Rentner würden vom Bund schon heute milde besteuert und auch bei den Kantonen sei eine erhebliche Entlastung zu erwarten, hält der Bundesrat in seiner am Mittwoch veröffentlichten Antwort auf eine einfache Anfrage von Nationalrat Markus Ruf (SD/BE) fest.

Für Schuldenerlass

Brüssel (AP) Die Europäische Gemeinschaft will den mit ihr im Rahmen des Lome-Abkommens verbundenen Entwicklungsländern insgesamt nahezu 6,5 Milliarden Mark an Schulden erlassen. Das kündigte der für Entwicklungspolitik zuständige EG-Kommissar Manuel Marin am Mittwoch in Brüssel an.

Räumung beendet

Berlin (AP) Die Berliner Polizei hat am Mittwoch mittag die Räumung der besetzten Häuser im Ostteil der Stadt beendet. Ein Einsatzleiter gab die Zahl der Beamten mit 2000 an. In den Häusern hätten sich 400 bis 500 Besetzer aufgehalten. Sie seien mit «unvorstellbarer Härte» vorgegangen und hätten den Tod von Menschen in Kauf genommen, meinte der Beamte. Ein junger Polizist sprach von «überwältigender Militanz» der Randalierer.

Regionales CIM-Bildungszentrum in Liechtenstein erwünscht

Unser Land will sich am Aufbau und Betrieb eines CIM-Bildungs- und Technologieverbundes Ostschweiz/Liechtenstein finanziell beteiligen

(mü) - An der nächsten Landtagssitzung vom 21./22. November liegt auch ein Finanzbeschluss der Regierung zur Beratung vor, wonach sich unser Land am Aufbau und Betrieb eines CIM-Bildungs- und Technologieverbundes Ostschweiz/Liechtenstein finanziell beteiligen will. Die Regierung hält in ihrem Bericht dazu fest, dass es im Bereich der computerintegrierten Fertigung (CIM) auch bei uns Schwachstellen gibt und daher das Bedürfnis für ein CIM-Bildungszentrum sowohl von Seiten der Wirtschaft wie auch der Schulen besteht. Aufgrund der heutigen Berechnungen ergeben sich, sofern der Landtag seine Zustimmung erteilt, für Liechtenstein in den kommenden sechs Jahren Gesamtaufwendungen in Höhe von 1,5 Millionen Franken.

Das Konzept der computerintegrierten Fertigung (CIM) bildet, so die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag, eine Antwort auf die Forderung nach höherer Flexibilität in einem ganzheitlich verstandenen Produktionsprozess. Eine CIM-Expertengruppe kommt in ihrer Studie zum Schluss, dass «die Schweiz in der CIM-orientierten Forschung und Entwicklung in der Aus- und Weiterbildung entsprechender Fachleute und im indu-



Die bereits bestehenden Einrichtungen am Neutechnikum Buchs sollen dem Verein «CIM-Bildungs- und Technologieverbund Ostschweiz und Fürstentum Liechtenstein» als Basis dienen und zum gemeinsam zu nützenden CIM-Labor ausgebaut werden.

striellen Einsatz computerintegrierter Fertigungssysteme gegenüber wichtigen Handelspartnern im Rückstand ist». Industrie und Wissenschaft stecken gemäss Studie bei der Integration einzelner CIM-

Regierungsbericht auch für Liechtenstein zutreffend. Die Regierung nennt in diesem Zusammenhang vor allem die fehlende Mitarbeiterqualifikation, betriebswirtschaftliche Aspekte (insbesondere fehlende Modelle zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit von CIM-Investitionen), grosse Unsicherheiten bei der Einführung der computerintegrierten Fertigung und einer entsprechenden Neuorientierung der Betriebsabläufe, verschiedene unge löste Schnittstellenprobleme zwischen den unterschiedlichen Informatikkomponenten und dem Bereich der Benutzeroberfläche sowie die Notwendigkeit einer Integration von Mensch und Technik zur Vermeidung von CIM-Ruinen.

Ein gemeinsames Bildungszentrum

Aufgrund der erwähnten Situationsanalyse ist 1989 in der Schweiz ein Förderungsprogramm für CIM gestartet worden, dessen Kernstück die Einrichtung von zwei Labors an den eid. technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne sowie mehrerer regionaler Bildungszentren bildet. Die Aufgaben der Bildungszentren sollen vor allem darin bestehen, die Kenntnisse der Wissenschaft und der CIM-Betriebe an die gesamte Industrie

(Fortsetzung auf Seite 3)

53,5 Millionen als Finanzausgleich an Gemeinden

Nur leichte Erhöhung der ungebundenen Finanzausweisungen des Staates gemäss Budget 1991

(G.M.) - Über den Finanzausgleich des Staates werden die Gemeinden im nächsten Jahr nicht zweckgebundene Mittel in Höhe von 53,5 Mio. Fr. erhalten. Diese Zahl ist im Budget 1991 enthalten, das wie bereits in der gestrigen Ausgabe berichtet - im Rahmen einer Pressekonferenz durch Regierungschef Hans Brunhart und Gerold Matt, dem Leiter der Finanzkontrolle, vorgestellt worden ist.

Die Regierung unterstreicht mit dieser geringen Erhöhung ihre Zielsetzung, dass den Gemeinden nach Möglichkeit eine gleichbleibende Summe über den Finanzausgleich ausgerichtet werden soll.

Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden gehört systembedingt zu den Sorgenkindern, das im Verlaufe der letzten zwei Jahrzehnte mehrfach abgeändert werden musste. Gemäss einer Mitteilung der Regierung ist Ende Oktober der Entwurf für eine erneute Änderung dieses Gesetzes in die Vernehmlassung gegeben worden. Die Forderung nach Änderung des Finanzausgleichsystems war auch im Zusammenhang mit der Revision der Subventionsordnung und der Neuschaffung eines Subventionsgesetzes erhoben worden.

2 Millionen mehr als im Vorjahr

Der Voranschlag 1991 sieht die Zuweisung von zweckungebundenen Mitteln an die elf Gemeinden in Höhe von 53,5 Mio. Fr. vor. Im Vergleich zum Vorjahr, als 51,4 Mio. Fr. budgetiert wurden, beläuft sich die Zunahme auf 2,1 Mio. Fr. Dies entspricht einer geringeren Zuwachsrate als die Erhöhung der allgemeinen Teuerung, durch die das Budget 1991 nach Angaben von Regierungschef Hans Brunhart geprägt ist. Aus der Kapital- und Ertragssteuer sollen über den Finanzausgleich 24,5 Mio. Fr. ausgerichtet werden, aus der Grundstückgewinnsteuer 6,4 Mio. Fr. und aus den übrigen Steuer- und Abgabenerträgen 22,6 Mio. Fr. Nach den gesetzlichen Bestimmungen erhält jene Gemeinde einen Anteil von zwei Dritteln zugewiesen, in der die gehandelte Liegenschaft gelegen ist. Daneben wird jenen Gemeinden die Hälfte der Kapital- und Ertragssteuer zugewiesen, in deren Gemarkungen die tätige Gesellschaft ihren Sitz oder ihre Betriebsstätte hat. Ein weiterer Sechstel der Kapital- und Ertragssteuer wird dem eigentlichen Verteilungssystem des Finanzausgleichs zugewiesen. Der Finanzausgleich wird auch mit prozentualen Anteilen aus den übrigen Fiskalerträgen des Landes ausge-

stattet.

Die Regierung hat die Zuteilungsquote erneut auf 15 Prozent festgelegt, was dem kleinstmöglichen Anteil gemäss den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Bei ihrer Begründung dieses Antrags, der noch vom Landtag genehmigt werden muss, weist die Regierung darauf hin, dass sich die Finanzausweisungen an die Gemeinden in den letzten Jahren trotz Verminderung des Zuteilungsanteils über der Limite von 50 Mio. Fr. hielten und den Gemeinden die Deckung der Gesamtausgaben aus vorhandenen Eigenmitteln ermöglichten. Das Reservekapital der elf Gemeinden sei von 136 Mio. Fr. im Jahre 1988 auf 153 Mio. Fr. im Jahre 1989 angestiegen, was rund 133 Prozent eines jährlichen Ausgabenvolumens entspreche. Die Gemeinden könnten damit theoretisch ihre Ausgabenverpflichtungen während einer Zeitdauer von 16 Monaten erfüllen, ohne auf Einnahmen angewiesen zu sein. Allerdings unterstreicht die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag, dass die Aufwand- und Ertragsverhältnisse der einzelnen Gemeinden recht stark voneinander abweichen, weshalb ein neuerlicher Anlauf zu einer Änderung des Finanzausgleichsystems unternommen werde.

Bührle erwartet keine Verbesserung

Zürich (AP) Der schwergewichtig im Rüstungsgeschäft tätige Oerlikon-Bührle-Konzern erwartet nach dem Waffenexportverbot des Bundesrates «keine Verbesserung der Lage». Damit werde «die erwartete Entwicklung definitiv», sagte der Sprecher der Oerlikon-Bührle-Holding AG (OBH), Erwin Bucklar, am Mittwoch in Zürich weiter. Die OBH rechnet wegen der Golfkrise mit einem Umsatzausfall von rund 300 Millionen Franken.

Betroffen vom Exportverbot in die Golfregion sind vor allem Lieferung in die Golf-Anrainerstaaten, wie Bucklar sagte. Welche Golf-Anrainerstaaten in welchem Ausmass von OBH beliefert werden, gab der Sprecher nicht bekannt. Bucklar nahm auch nicht Stellung dazu, dass der Bundesrat die Türkei vom Exportverbot ausgenommen hatte.

Schweiz: EWS-Beitritt zurzeit kein Thema

Genf (spk) Für die Schweizerische Nationalbank (SNB) gibt es zurzeit keine besonderen Gründe, dem Europäischen Währungssystem (EWS) beizutreten. SNB-Präsident Markus Lusser begründete am Mittwoch in Genf diese Haltung mit dem Kampf gegen die Teuerung, der von der Schweiz langfristig mit grösserem Erfolg geführt worden sei als von den anderen europäischen Ländern.

Sollte das Schweizer Volk jedoch eines Tages sich für eine EG-Mitgliedschaft entscheiden und die EG dem Gesuch entsprechen, würde sich die SNB den Währungsregeln anpassen, die sich in Europa durchsetzen.

Die preiswerte Einstiegsalternative für Kleinbetriebe und private Anwender!

IBM PSA
Komplettsystem ab
sFr. 1990.-

MODERN OFFICE
Tel. 075/2 05 05
Ein Unternehmen der MICOMP-Gruppe
BBB-Center, Neusand
FL-9495 Triesen

Freundschaftsbesuch der St. Galler Regierung

Gestern kamen die Mitglieder der Regierung des Kantons St. Gallen auf Besuch



Diskussion auf Schloss Vaduz mit Fürst Hans-Adam II. beim Besuch der St. Galler Regierung: von links Madeleine Wille, Elisabeth Geiger, Regierungsrat Dr. Willi Geiger, Landammann Mätzler und Dr. Dieter Niedermann, Vorsteher der Staatskanzlei.

(Bild: Beat Schurte)

OMEGA
Significant Moments

CONSTELLATION
ab Fr. 1150.-

huber
schmuck · uhren · juwelen
Städle 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz/Liechtenstein